

W a n d e r a u s s t e l l u n g   ü b e r   Z e n s u r  
=====

Unter dem Titel "'Entartete' Kunst - 'zersetzende' Wissenschaft, Zensurbestrebungen einst und jetzt" bereitet die HU eine Wanderausstellung vor. Wir möchten dabei aus den Bereichen Malerei, Literatur, Film, bildende Kunst und Wissenschaft Werke und Dokumente ausstellen, die in Gefahr wären, wenn der Süsterhennsche Antrag, die Freiheit von Kunst und Wissenschaft "an das Sittengesetz" zu binden, im Bundestag durchginge. Dazu wollen wir aus den genannten Gebieten Werke und Dokumente zeigen, die vor und im Dritten Reich von Zensur- und Sittenschnüffelei bedroht oder verboten und diffamiert waren.

Für Anregungen, Informationen und Unterlagen aus dem Mitgliederkreis zu diesem Projekt sind wir dankbar. Einsendeschluß für solche Beiträge ist der 15. Mai 1966.

V e r s u c h   z u r   R e v i s i o n   d e s   §   4 8  
=====

E h e g e s e t z  
=====

Der Vorstand der HU möchte in der Öffentlichkeit und im Bundestag einen Anstoß geben, die 1961 auf Betreiben konservativer und kirchlicher Kreise hin verschärften Ehescheidungsbestimmungen wieder zu liberalisieren.

Seit das Ehegesetz geändert wurde, sind eine Vielzahl von Fällen bekannt geworden, in denen die betroffenen Eheleute ausweglos aneinander gekettet sind. Bietet sich ihnen die Chance, ihr Dasein durch eine glücklichere Beziehung zum Besseren zu wenden, so zwingt sie unser Gesetz um eines dogmatischen "Moral"-prinzips willen zu Ungesetzlichkeit und "Unmoral".

Aus den vorstehend geschilderten Gründen hat die HU vor:

1. In den nächsten Wochen weitere Interessenten an einer Liberalisierung des § 48 zu suchen und mit den ihr bereits bekannten zu einer Interessengemeinschaft vereinen.
2. Ein Rechtsgutachten über die Verfassungs- und Menschenrechtswidrigkeit der bestehenden Vorschriften sowie detaillierte und realistische Verbesserungsvorschläge von einem Arbeitskreis von Verfassungsjuristen erarbeiten zu lassen.

3. Eine ausführliche Dokumentation über die negativen Auswirkungen der 1961 beschlossenen Änderungen des § 48 zusammenzustellen.
4. Mit Hilfe der so gewonnenen Unterlagen und Argumente die der HU angehörenden FDP- und SPD-Abgeordneten zu einer Gesetzesinitiative im Bundestag anzuregen. Bei beiden Fraktionen und auch bei vereinzelt evangelischen Vertretern der CDU besteht, wie Sondierungen ergaben, durchaus eine gewisse Bereitschaft, im Fall einer gut begründeten und gewichtigen Einwirkung von außen etwas in dieser Frage zu unternehmen.

Auch hier wären wir für sachdienliche Hinweise und Kontakte sehr dankbar.

H U   s t e l l t   s i c h   v o r   P r o f .   H a v e m a n n  
=====

Der Ostberliner Prof. Dr. Robert Havemann, der wegen seiner nicht der offiziellen Doktrin entsprechenden wissenschaftlichen und politischen Ansichten von amtlichen Kulturfunktionären der DDR seit längerer Zeit angefeindet und bekämpft wird, sollte am 24.3.1966 aus der "Akademie der Wissenschaften" in Ostberlin auf Antrag von deren Präsidenten ausgeschlossen werden. Führende Persönlichkeiten der HU richteten deshalb am 23.3.1966 an die Ostberliner Akademie der Wissenschaften folgendes Telegramm:

"Sehr verehrte Damen,  
Sehr geehrte Herren,

Sie haben morgen über einen Antrag zu beschließen, Herrn Prof. Robert Havemann die Mitgliedschaft der Akademie der Wissenschaften zu entziehen. Wir bitten Sie dringend, dabei zu bedenken, daß ein Ausschluß Ihres Kollegen Havemann alle Bemühungen um eine gemeinsame Sprache und ein Gespräch zwischen den Wissenschaftlern der beiden Teile Deutschlands außerordentlich erschweren müßte. Prof. Havemann ist für die Geistesschaffenden in Westdeutschland ein Symbol für die Unabhängigkeit wissenschaftlichen Forschens und Denkens. Wir hoffen uns mit Ihnen darin einig, daß es keinesfalls die Aufgabe von Wissenschaftlern sein kann, eine solche Haltung öffentlich zu verurteilen.

Mit vorzüglicher Hochachtung

HUMANISTISCHE UNION

gez.:

Generalstaatsanwalt Dr. Fritz Bauer \* Generalstaatsanwalt Ernst Buchholz \* Prof. Dr. Thomas Ellwein \* Prof. Jürgen Habermas \* Prof. Dr. Werner Maihofer \* Prof. Dr. Alexander Mitscherlich \* Dr. Gerhard Szczyzny \*"

Gleichzeitig mit der Intervention der HU wandten sich sechs Professoren der Freien Universität Berlin (darunter die HU-Beiratsmitglieder Prof. Dr. Ossip K. Flechtheim, Prof. H. Gollwitzer und Prof. Weischedel) sowie der amerikanische Nobelpreisträger Linus Paulig im gleichen Sinne an die Akademie. Nach Pressemeldungen erreichte der Ausschlußantrag gegen Prof. Havemann in der entscheidenden Sitzung statt der erforderlichen 3/4-Mehrheit von 75 % nur 70 % der Stimmen!

U n t e r s u c h u n g   ü b e r   " k a t h o l i s c h e s  
=====   
V u l g ä r s c h r i f t t u m "   e r r e g t   A u f s e h e n  
=====

Ein vielfältiges Echo in der Öffentlichkeit fand die in einer Anlage der letzten "Mitteilungen" aufgeführte Broschüre "Das Weltbild des katholischen Vulgärschrifttums". Unser Mitglied Hannes Schwenger, Lektor und Chefredakteur in Berlin, ist der Autor dieser dokumentarischen Analyse; die HU brachte sie gemeinsam mit dem Münchner Dokumentationsverlag "gestern und heute" (Inh. Kurt Hirsch) an die Öffentlichkeit. Die Fernsehsendungen "Monitor" und "Panorama" bereiten inzwischen eine Verwendung im Rahmen ihrer Sendereihe vor, zahlreiche Zeitungen haben zum Teil sehr ausführlich darüber berichtet. Wir zitieren zur Information unserer Mitglieder aus einem Bericht von Karl Stankiewicz, der u. a. im "Kölner Stadt-Anzeiger" am 19.2.1966 erschienen ist:

"Die Schriften sind bunt und reißerisch aufgemacht. Oft ziert ein hübsches Mädchen die Frontseite. Die Titel ähneln fatal denen mancher Aufklärungsbücher, wie sie etwa in Bahnhofskiosken feilgehalten werden: 'Lust und Liebe?' - 'Ehe um jeden Preis?' - 'Ist Liebe Sünde?'. Auf den ersten Blick ist kaum zu vermuten, daß die Verfasser meist Priester und Ordensleute sind. Verkauft werden diese Hefte in den Kirchen. Der meist geringe Obolus ist in einen Opferstock zu entrichten. ...

Ganz diskret und anonym funktioniert dieses Massenbeeinflussungsmittel, wenngleich es sich offen der üblichen Propagandagewohnheiten bedient. Weltbild und Wirkung des katholischen 'Kleinschrifttums', wie es sich an den Verkaufsständen der Gotteshäuser darbietet, hat jetzt die Humanistische Union unter die Lupe genommen.... Schwenger bezeichnet die Traktätchen als moderne Nachfolger der traditionellen Missionsschriften und spricht ihnen einen kaum überschätzbaren Einfluß zu. Sie stellten eine wesentliche Verbindung zwischen Gläubigen und kirchlichem Lehrstuhl dar. Nach Möglichkeiten und Nachhaltigkeit stünden sie hinter der Kanzelverkündigung und dem vertraulichen Ton im Beichtstuhl kaum zurück. Die Vulgärschriften erreichen Auflagen zwischen 10.000 und einer halben Million Exemplaren. ...

Schwenger kommt in seiner Analyse zu dem Schluß, daß hier die unterste Grenze dessen erreicht ist, was dem Katholizismus im Kampf um die Massen gerade noch erlaubt scheint.

Allerdings wird in diesen klerikalen Groschenheften ein Weltbild vermittelt, das nicht gerade dem Geist des Konzils angemessen erscheint. Andersgläubige werden da rigoros als 'Menschen mit primitivem Denken' oder als 'geradezu kindisch' bezeichnet; sie sind Opfer von 'tollen Verirrungen' oder einer 'kläglichem Verzerrung des wirklichen Christentums'. Glaubenslose gar sind identisch mit Menschen, die 'in ihrem sittlichen Leben schiffbrüchig geworden sind'. So steht denn in 'liberalen Kreisen eigentlich nur im Kurs, was hart an der Grenze des sittlich Erlaubten gelegen ist'.

Wer ungläubig ist (oder liberal oder Sozialist) ist nach dem Klischee dieser überfrommen Bilderbüchlein zu allem Bösen fähig: 'Wo immer ein Mensch gegen Gott rebelliert, ist das Ende nicht ein Humanismus, der das Wesen des Menschen bewahrt und zur Entfaltung bringt, sondern ein Nihilismus, der den Menschen in Sinnlosigkeit und Nichtigkeit verschlingt. Schließlich ist es nicht zu verwundern, daß sich viele der Entwurzelten nur noch für zwei Dinge wirklich zu interessieren vermögen: nämlich für Crime und Sex.'

Etwa die Hälfte aller Traktate beschäftigen sich mit den Themen Liebe, Ehe und Sexualmoral. Schwenger: 'Unkeuschheit und Glaubensverleugnung - das scheinen den Populartheologen auch heute noch die zwei Hauptsünden der Menschheit zu sein.' ...

Im Ton geistlicher Autorität erklärt eine adelige Autorin dem jungen Mädchen von heute angesichts dieser öffentlichen, vom Staat leider noch geduldeten Gefahren: 'Darum verbiete ich dir zu Tanzerelen und Trunk zu gehen und dorthin, wo Menschen sich auslassen benehmen, und verbiete dir zu küssen, damit deine Unerfahrenheit nicht mißbraucht wird und du in die Teufelsschlinge fällst.' Dem Mädchen wird aufgetragen, geradezu einen Abwehrkampf gegen den jungen Mann zu führen. Dieser übe sich in vernünftigem Sporttraining und in 'restloser Hingabe an das Reich Gottes'. Wer schulterfreie oder aufreizend bunte Kleider trägt, weckt im Manne das 'Tier'. Schönheitspflege und Mittel, die den 'Leib vergötzen', sind Sünde und unerlaubt. Manche jungen Leute sprächen von 'Liebe', die aber nichts anderes sei als 'Gier'.

Die Bloßstellung eines 'Gefallenen' ist ein beliebtes Mittel dieser Vulgärpädagogik. Da berichtet etwa ein Religionslehrer, wie er die 'vier schlimmsten Jungen und die vier schlimmsten Mädchen' der Klasse mit Namen aufrief und fragte, wie oft sie schon sitzengeblieben seien. Pointe: 'Die Doofsten sind die größten Säue.' Über die Ehe heißt es in schlichter Einfalt: Hauptzweck ist der 'Kindersegen'. An zweiter Stelle soll sie Ausdruck gegenseitiger 'Neigung' sein. Und erst dann hat sie den Zweck. 'der Gefahr der Unenthaltbarkeit vorzubeugen, indem die Ehegatten der Stimme der Natur in der für sie erlaubten Weise folgen'. Natürlich ist auch die Mischehe eine lästerliche Sünde, ein 'schändliches und Verderben bringendes Konkubinats', ja sogar ein 'fünffaches Unrecht, und zwar gegen sich und den Ehepartner, gegen die Kinder, gegen die Eltern, gegen die Kirche, und gegen Volk und Staat'. Für letzteres fehlt die Begründung.

Nach dem Muster der Bloßstellung wirft etwa ein zwölfjähriger seiner evangelischen Mutter vor: 'Du störst unsere ganze Harmonie', ein Mädchen aus glaubensverschiedener Ehe will 'lieber chelos' bleiben, ein Mann sagt beim Tod seines Kindes: 'Man sollte alle Mischehen gesetzlich verbieten.' Immerhin haben sie furchtbare Tragödien zur Folge: In einer längeren Geschichte erhängte sich der Franz, der eine 'unglückselige Mischehe' eingegangen war, am Bettpfosten. Seinen Taufpaten traf darob der Schlag. Die betagte Mutter starb aus Gram und Scham. Und schließlich folgten ihm auch noch seine beiden Schwestern ins Grab.

Zu diesem Stil paßt der Fototeil der Hefte, in dem Schwenger gelegentlich eine 'erschreckende Renaissance des nationalsozialistischen Menschenbildes' wiederzuerkennen vermeint. Nichts fehle: das Butterbrot essende Zopfmädchen, eine Frau mit Knoten vor einer brennenden Kerze, eine sechsköpfige Familie mit Rucksack und Klampfe wandernd. Dazu Bildunterschriften wie: 'Licht will ich sein', 'Lieb Schwesterlein', 'Gesund und munter'.

Der Marburger Soziologe Prof. Dr. H. Maus nennt in einem Vorwort diese Art Literatur eines jener 'ebenso groben wie feinen Mittelchen, uns, die wir in dieser Welt leben, erneut zu verdummen oder doch in der überkommenen, sorgsam gepflegten Stupidität zu halten'. Übrigens sei die Analyse der 'niedrigen' Literatur im allgemeinen von den Soziologen, Sozialpsychologen und Politologen noch kaum unternommen worden. Sie dürfte, so fürchtet Prof. Maus, schmerzlich bewußt machen, 'in welchem Ausmaß die antidemokratischen Tendenzen in der Bundesrepublik als 'natürliche' Verhaltensweisen dargestellt werden'.

Das erzbischöfliche Ordinariat München gab in einer an die Presse versandten Stellungnahme zu, die in Kirchen aufliegenden Populärschriften müßten auf Grund der Ergebnisse des vatikanischen Konzils systematisch "durchgeforstet" werden. Die Problematik dieser Schriften werde in der katholischen Kirche schon seit lanem gesehen. Die Hauptschwierigkeit aber liege in der Vielzahl von Herausgebern und Verlagen. Was in den Traktaten schlecht oder veraltet sei, müsse rigoros heraus. Das Ordinariat wies auch darauf hin, daß das Imprimatur nicht eine höchstkirchliche Empfehlung bedeute, sondern nur eine Druckerlaubnis, die eine Grenze ziehe. Damit werde lediglich anerkannt, daß in dem betreffenden Schriftwerk nichts enthalten sei, was gegen ein Dogma verstoße. (Die Dokumentation von Hannes Schwenger ist bei der HU-Geschäftsstelle zur Schutzgebühr von DM 2.80 zu beziehen.)

H U   u n t e r s t ü t z t   n e u e n   V o r s c h l a g  
=====  
z u   " G o t t e s l ä s t e r u n g s p a r a g r a p h e n "  
=====

Am 1.3.1966 gab der Vorstand der HU folgende Presseerklärung ab:

"Die Strafrechtskommission der Evangelischen Studiengemeinschaft hat im Januar 1966 folgenden Vorschlag zur Neuformulierung der sog. "Gotteslästerungsparagraphen" gemacht.

An die Stelle der §§ 187, 188 des Entwurfs 1960 für das neue StGB möge folgende Bestimmung treten:

1. Wer öffentlich oder durch Verbreitung von Schriften (§ 11 Abs. 3) den Inhalt des religiösen oder weltanschaulichen Bekenntnisses Anderer verhöhnt oder verunglimpft, wird mit Gefängnis (bis zu 3 Jahren?) oder mit Strafhaft bestraft.
2. Ebenso wird bestraft, wer öffentlich oder durch Verbreitung von Schriften (§ 11 Abs. 3) eine im Inland bestehende Kirche oder andere Religionsgesellschaft oder Weltanschauungsvereinigung, ihre Einrichtungen oder Gebräuche verhöhnt oder verunglimpft.
3. Eine Äusserung ist nicht nach Absatz 1 oder 2 strafbar, wenn sie ein angemessenes Mittel einer ernsthaften Kritik ist.'

Die Humanistische Union hat in ihrem Memorandum zur Strafrechtsreform vom November 1963 für den Fall, daß die diesbezüglichen Paragraphen des Strafgesetzbuches nicht ersatzlos gestrichen würden, selbst einen Formulierungsvorschlag gemacht. Sie steht jedoch nicht an, zu erklären, daß der von der Evangelischen Studiengemeinschaft vorglegte Text in entscheidenden Punkten besser ist und möchte daher diesen Vorschlag nachdrücklich unterstützen.

Er fände ihre volle Zustimmung, wenn folgende Änderungswünsche berücksichtigt würden: Die Humanistische Union hält eine Gefängnisstrafe bei dem infrage stehenden Vergehen für unangemessen und schlägt vor, sich in Ziffer 1 auf die Androhung von Strafhaft oder Geldstrafe zu beschränken. Sie hält es sodann für richtig, wenn in der Ziffer 2 nur von Religionsgesellschaften und Weltanschauungsvereinigungen gesprochen wird. Das Grundgesetz kennt den Begriff 'Kirche' nicht. Es sollte daher auch in unseren übrigen Gesetzestexten, insbesondere im Strafgesetz, bei der Unterscheidung von 'Religionsgesellschaften' und 'Weltanschauungsvereinigungen' bleiben.'

"HU antitotalitär, nicht antireligiös . . . "

=====

Auf einer außerordentlichen Tagung der Evangelischen Bezirkssynode Stuttgart über "Die Zukunft des Atheismus" würdigte der theologische Referent bei der Evangelischen Zentralstelle für Weltanschauungsfragen, Pfarrer Dr. Siegfried von Kortzfleisch, objektiv die HU: Ihre Hauptstoßrichtung sei realistisch und antitotalitär, jedoch nicht antireligiös.

" ' Die Wechsler im Tempel ' - H U

=====

verbreitet verbotenen Film "

=====

Die Filmselbstkontrolle in Wiesbaden hat kürzlich den Kurzfilm "Die Wechsler im Tempel" zur öffentlichen Vorführung nicht freigegeben. Zur Begründung wurde angeführt, der Film verfälsche tendenziös die geschichtliche Wahrheit und verletze das religiöse Empfinden. Der erste Prüfungsausschuß der FSK hatte das gleiche Urteil mit knapper Mehrheit gefällt, der zweite (sog. Hauptausschuß) gab den Film frei, der dritte (sog. Rechtsausschuß) sprach schließlich nach fünfständiger Debatte das Verbot aus. (Die "Vorgänge" werden ausführlich über den Fall berichten.)

Wir haben den umstrittenen Streifen inzwischen geprüft und halten ihn für eine ernstzunehmende, künstlerisch und intellektuell bedeutende Arbeit. Seine Grundaussage ist eine polemische Gegenüberstellung des christlichen Evangeliums mit christlich begründeter Machtpolitik. Als Ergebnis bleibt die bittere Anklage eines Gläubigen an die Kirche, ihren Auftrag verraten zu haben.

In einem Rundschreiben regte die Geschäftsstelle die Ortsverbände der HU und Hochschulgruppen der HSU an, den Film in öffentlichen Diskussionsveranstaltungen vorzuführen. Für diesen Fall wurde gebeten, liberale christliche Mitglieder und Freunde der HU, die sich mit dem Anliegen des Films der Intention nach identifizieren, verantwortlich an der Diskussion zu beteiligen und deutlich zu machen, daß die HU (HSU) als Organisation nur für das Recht der Kritik der einen Gruppe von Christen an anderen Gruppen von Christen eintritt, sich aber keine Entscheidung darüber anmaßt, welches Verhalten "christlich" oder "unchristlich" zu nennen ist. Der Produzent und Regisseur des Films, Horst Manfred Adloff, erklärte sich bereit, seine sämtlichen vorliegenden Kopien kostenlos für Veranstaltungen der HU und HSU auszuleihen. Einige Gruppen haben bereits ihre Absicht bekundet, diese Möglichkeit zu ergreifen.

Neues von der Lesebühne

=====

Die Januar-Inszenierung der Lesebühne "art. 5", die Rolf Hochhuths Novelle "Berliner Antigone" und Arthur Millers "Zwischenfall in Vichy" brachte, fand bei den rund 1000 Besuchern sehr beifällige, in der Presse dagegen geteilte Aufnahme. Die Kritiker brachten gegen die Texte, die sich mit den Verfolgungen im Dritten

Reich befassen, einige Vorbehalte, ohne sie aber abzulehnen oder die Berechtigung ihrer Aufführung infrage zu stellen. Vorbehaltlos lobten sie die eindrucksvollen Leistungen der mitwirkenden Schauspieler (darunter Christine Ostermayer, Hanns-Ernst Jäger, Paul Hoffmann, Christian Wolff, Alexander Hegarth, Jürgen Arndt) und die Regieleistung von Walter Ohm.

Mit großem Erfolg gastierte die Lesebühne "a r t . 5" mit Richard Mathias Müllers "Dialogen über Deutschland" (in den Hauptrollen wieder Hans Schweikart und Hans Clarin) im Neuen Berliner Dachgarten-Theater des Hauses am Lützowplatz an 3 Abenden im März. Einige Zitate aus den insgesamt 12 Presseberichten:

"Anderthalb Stunden lang entließ einen dieses Zwiegespräch nicht aus seiner Spannung ... Ein ganzer Katalog politischer Gegenwartsfragen steht hier zur Debatte ..." (Tagesspiegel) --- "Vater und Sohn führen 'Dialoge über Deutschland', sachlich, erregt, bitter, gescheit ... Ein nachdenkliches, brillant präsentiertes Duell ..." (Der Abend) --- "In der vortrefflichen Interpretation der beiden Sprecher wurde der Abend eine erregende und spannende Sitzung schlagender Aufklärung und exakter politischer Bildungsarbeit ..." (Telegraf) --- "... Die Texte, frei von kabarettistischer Direktheit und possenreißender So-geht-es-nicht-Attitüde, schillern in jenem Geist, den Lichtenberg kultivierte - die Pointen enden aphoristisch, präzise, immer verblüffend, jedem Politiker ins Stammbuch zu schreiben ..." (Spandauer Volksblatt).

Mit der gleichen Darbietung war die Lesebühne dann am Sonntag, den 27.3.1966 im "Deutschen Schauspielhaus Hamburg" zu Gast. Auch dieser Auftritt verlief ebenso wirkungsvoll und erfolgreich.

In der 2. April-Hälfte steht auf dem Programm das seit 1928 nicht mehr aufgeführte "Traumstück" von Karl Kraus (verbunden mit dem Epilog aus den "Letzten Tagen der Menschheit".) Bericht in den nächsten "Mitteilungen":

Anlässlich des ersten Gastspiels des Berliner Brecht-Ensembles in München, das Ende Mai und Anfang Juni stattfindet, wird dieses weltberühmte Theater seine Schauspieler einen Abend der Lesebühne der Humanistischen Union zu einer Darbietung von Brecht-Liedern, -Gedichten und -Szenen zur Verfügung stellen. Termin ist der 2.6.. Im Juni folgt dann voraussichtlich (falls es nach dem Tod des Intendanten Piscator bei den getroffenen Abmachungen bleibt) ein mehrtägiges Gastspiel von "a r t . 5" in der Berliner "Volksbühne". Gespielt (nicht gelesen) wird dabei als Welturaufführung ein Stück des Goncourt-Preisträgers Jean Cau "Der Herr der Welt", eine Grotesk-Tragödie über Hitler und seinen Biographen.

Das Lesebühnen-Ensemble wird bei Gelegenheit seines Aufenthalts in Berlin im neuen "Europa-Center" an 3 Abenden noch einmal Waldimir Majakowskis "Das Schwitzbad" bringen, das bereits bei der Münchner Erstaufführung im Januar das Publikum begeisterte. Der Sender Freies Berlin, Abteilung Fernsehen, Drittes Programm, wird die Darbietung aufzeichnen und senden.

A u s d e r A r b e i t d e r O r t s v e r b ä n d e  
=====

1. Regionalkonferenzen der südwest-, west- und norddeutschen Ortsverbände  
Vorsitzende und Mitarbeiter der südwest-, west- und norddeutschen

Ortsverbände der HU kamen im Monat März zu Konferenzen zusammen, die in Düsseldorf, Frankfurt und Hamburg abgehalten wurden. Zweck solcher Zusammenkünfte ist es, Erfahrungen auszutauschen sowie Fragen und Maßnahmen zu beraten, die regional abgestimmt werden sollten.

Neben ausführlichen Berichten der Ortsverbände über die bisher geleistete und vorgesehene Arbeit standen diesmal zwei Fragen im Mittelpunkt der Beratungen: 1. Wie kann in den einzelnen Ortsverbänden das Arbeitsprogramm der HU zur Erziehungsreform weiter publiziert und schon teilweise verwirklicht werden? 2. Ist es zweckmäßig, Landesverbände der HU zu gründen?

Bei der Aussprache über die Erziehungsreform wurde deutlich, daß in allen Ortsverbänden die Zusammenarbeit besonders mit den Pädagogen gesucht werden sollte. Soweit sich noch keine Arbeitskreise zur Diskussion der "Thesen zur Überprüfung und Erneuerung unserer Erziehungsziele" gebildet haben, will man sich zu Beginn des neuen Schuljahres mit Nachdruck besonders dieser Aufgabe widmen. Auf der Hamburger Tagung wurde von einigen Anwesenden nicht verhehlt, wie kritisch das Arbeitsprogramm von Pädagogen in den norddeutschen Bundesländern aufgenommen wurde. Auf die Ergebnisse der Diskussion und die Abänderungsvorschläge darf man gespannt sein.

Was die Gründung von Landesverbänden der HU angeht, herrschte Einmütigkeit darüber, vorerst darauf zu verzichten. Allerdings wurde auf allen drei Konferenzen beschlossen, jeweils einen Ortsvorsitzenden als "Landesbeauftragten" zu legitimieren, der als bevollmächtigter Sprecher aller Ortsverbände eines Landes zu wichtigen Fragen Stellung nehmen und notwendige Maßnahmen auf Landesebene koordinieren soll. Dieser Beschluß ist zweifellos zu begrüßen, denn in Hessen hat sich eine solche Regelung im Zusammenhang mit der Aktion "Schulgebet" bestens bewährt.

Überhaupt wurde die jetzige Organisationsform der HU auf den Konferenzen lebhaft diskutiert, obwohl ein gewisser Zeitmangel hinderlich war. In Düsseldorf wurde deshalb festgelegt, auf der nächsten Zusammenkunft ausführlich und gründlich über die Möglichkeiten weiterer organisatorischer Verbesserungen zu beraten. Die Anwesenden stimmten darin überein, daß bis zur nächsten Bundesversammlung nach den Beschlüssen der letzten Mitgliederversammlung in Darmstadt verfahren werden müsse und die Mitglieder an diese Beschlüsse gebunden seien. Insbesondere wurde auf allen drei Konferenzen immer wieder geäußert, daß neben der programmatischen kulturpolitischen Arbeit der organisatorische Aufbau der HU nicht vernachlässigt werden dürfe. Auch die regelmäßige Durchführung dieser Regionalkonferenzen gehöre dazu und sei notwendig und wichtig.

Die Teilnehmer der Konferenz in Frankfurt und Hamburg veröffentlichten u. a. eine Stellungnahme zur Notstandsgesetzgebung, in der mit Sorge festgestellt wird, daß die Öffentlichkeit sich weitgehend mit der Geheimberatung weiterer Notstandsgesetze abgefunden habe. Die südwest- und norddeutschen Ortsverbände wollen sich bemühen, nach Frankfurter Modell örtliche "Aktionsausschüsse gegen die Notstandsgesetze" ins Leben zu rufen, die sich vor allem der Aufklärung über die Gefährlichkeit von Grundrechtsbeschränkungen widmen sollen.

Es wurde auch der Sorge über das Anwachsen aggressiver antidemokratischer Kräfte Ausdruck gegeben und an die demokratischen Parteien und Gewerkschaften appelliert, dafür zu sorgen, daß in der Bundes-



republik die Vertreter kritischer Auffassungen nicht mit persönlicher Diffamierung oder gar physischer Bedrohung rechnen müssen. Mit Enttäuschung stellten die Teilnehmer in Frankfurt und Hamburg fest, daß auch nach dem 2. Vatikanischen Konzil die katholischen Bischöfe Deutschlands sich für die Bekenntnisschule ausgesprochen haben. Demgegenüber wurde nochmals die Auffassung bekräftigt, daß in einer modernen pluralistischen Gesellschaft die Religionserziehung nicht Aufgabe der öffentlichen Schulen sein kann, sondern in die Zuständigkeit der Familien und Glaubensgemeinschaften fällt. (G. Binternagel)

2. Der Ortsverband Düsseldorf schaltete sich in den letzten Monaten aktiv in die Werbung für die Gemeinschaftsschule ein. Er trug in Zusammenarbeit mit dem Bund der Freunde der Gemeinschaftsschule, mit Parteienvertretern und Düsseldorfer Freunden durch Flugblattaktionen und Hausbesuche bei den Eltern schulpflichtiger Kinder mit dazu bei, daß in Düsseldorf Ostern 1966 vier neue Gemeinschaftsschulen den Unterricht aufnehmen. Das Ziel eines polizeistaatlichen Übergriffs wurde der Ortsverband anläßlich eines Referats des Vorsitzenden Dr. Homeyer am 4.2.1966. Als der Vortragende den Bundesjustizminister Jäger mit der ironischen Nebenbemerkung "unser lieber Fallbeilchrist" zitierte, nahm dies ein Beamter des 14. (politischen) Kommissariats der Kriminalpolizei, der sein Inkognito erst eine halbe Stunde nach Vortragsbeginn gelüftet hatte, zum Anlaß, die Veranstaltung eigenmächtig zu unterbrechen. Er erteilte eine "Verwarnung", drohte mit Auflösung der Versammlung und versuchte am Schluß, das Vortragskonzept zu beschlagnahmen. Sein Auftreten löste beträchtliche Unruhe und Empörung unter den Zuhörern aus. Von mehreren anwesenden Volljuristen wurde er eindringlich auf das Rechtswidrige seines Vorgehens hingewiesen. Gegen den Polizeibeamten wurde eine förmliche Dienstaufsichtsbeschwerde erhoben. Gleichzeitig unterrichtete der Ortsverband wegen der grundsätzlichen Bedeutung, die einem derartigen polizeilichen Vorgehen in einem demokratischen Rechtsstaat beizumessen ist, den Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen.
3. Der Frankfurter "Aktionsausschuß gegen die Notstandsgesetze", in dem verantwortlich der Ortsverband Frankfurt und die dortige HSU-Gruppe mitarbeiten, veranstaltete im März für interessierte Mitglieder der in diesem Ausschuß zusammengeschlossenen Organisationen einen Schnellkurs für Notstandsreferenten. Der Kurs bestand aus drei Vorträgen: a) Das Notverordnungsrecht in der Weimarer Republik; b) Notstandsregelungen in anderen Demokratien und c) Die Notstandsvorstellungen der Bundesregierung. Es hatten sich 30 Interessenten, davon 12 Mitglieder der HU, gemeldet. Deren Namen wurden an die Ortsverwaltungen interessierter Verbände, vor allem der Gewerkschaften IG-Metall, ÖTV, IG-Chemie, weitergegeben, die für ihre Jugendbildungsarbeit und für die Information ihrer Untergliederungen Referenten zu diesem Thema benötigen. Der "Aktionsausschuß gegen die Notstandsgesetze" wird zum 1. Mai wiederum mit einem Flugblatt an die Öffentlichkeit treten, zu dessen Druckkosten der Bundesvorstand der HU beisteuert.
4. Der Ortsverband Lüneburg beteiligte sich zusammen mit der dortigen HSU, dem Caritasverband, dem Deutschen Frauenring, Deutschen Hausfrauenverband, der Evangelischen Studentengemeinde an der PH sowie dem Sozialdemokratischen Hochschulbund an folgender Stellungnahme, die in der "Landeszeitung für die Lüneburger Heide" vom 19.2.1966 erschien:

"Untersuchungsgefängnis -

... fürchten der Personalrat des Landgerichts Lüneburg und der Ortsverband der Strafvollzugsbediensteten (LZ, 10.2.1966), daß 'das Ansehen der ganzen Strafvollzugsbeamtenschaft und auch der damit verbundenen Angehörigen in schwerwiegender Weise geschädigt wurde'.

Inwiefern?

Etwa, weil im Hamburger Untersuchungsgefängnis, wie aus der Presse hervorgeht, ein Häftling mit Gummiknüppeln so zusammengeschlagen wurde, daß er seinen Verletzungen erlag? Weil dieser Tod in der Isolierungszelle eintrat und nicht in der Krankenabteilung, in der der Untersuchungshäftling ärztlich hätte versorgt werden können? Weil dieselben Aufseher noch 19 Monate danach unbehelligt Dienst tun konnten? Weil die Gefängnisbehörde anscheinend weder ihren zuständigen Senator noch ihre Deputierten informierte, und weil der Generalstaatsanwalt über diesen empörenden Vorfall nicht unterrichtet wurde? Die Sorge um das Ansehen der Gefängnisbeamten ist wahrlich berechtigt! Sollte sie sich nicht in der Bemühung äußern, auf eine viel bessere Ausbildung zu drängen, die auch ausreichende Kenntnisse für den Umgang mit straffälligen Menschen, Verständnis ihrer besonderen Haftkonflikte einschließen sollte?

Der Personalrat des Landgerichts und der Ortsverband der Strafvollzugsbediensteten werfen dem Senator, und damit auch dem Hamburger Bürgermeister und dem Generalstaatsanwalt vor, daß sie mit ihrem Entschluß, den Skandal öffentlich aufzuklären, 'die Autorität der zur Abwehr, Verfolgung und Sicherung berufenen Organe ... unterhöhlen, bloß um für den Augenblick, um die Gunst der auch so wandelbaren öffentlichen Meinung zu buhlen'. Glauben die beiden Interessenverbände wirklich, mit solchen Ansichten dem so besorgt verteidigten Ansehen ihres Standes zu dienen? Beschämend ist die Brutalität kleiner Machthaber, beschämend ihre Verheimlichung! Nur wenn alles an den Tag gebracht wird, und wenn die Beamten selbst sich von solchen Gebräuchen distanzieren, kann auf das Vertrauen der Bürger gezählt werden. Personalrat und Ortsverband möchten die Autorität des Berufsstandes schützen. Wir hörten in Lüneburg erst vor kurzem von einem alten Praktiker des Strafvollzugs, Prof. Dr. Herrmann, Göttingen, es gebe auch in unserem Lande Beamte, die bessere Wege des Strafvollzugs wissen und lehren; die ihre Autorität und ihr Ansehen nicht durch öffentliche Aufklärung von Mißständen gefährdet sehen. Das öffentliche Wirken solcher Beamter erleichtert es auch dem Bürger, ein besseres Verständnis für die schwere Arbeit der im Strafvollzug tätigen Menschen zu erlangen und könnte sogar die Initiative zur Mitarbeit vieler verantwortlich Fühlender fördern. Das Grundgesetz schützt jeden Bürger vor Willkür, auch den Straffälligen, auch den seelisch Gestörten. Gefängnisse sind öffentliche Einrichtungen. Der Bürger hat ein Recht, informiert zu werden, was in ihnen vorgeht."

5. Der Marburger Ortsverband und die dortige HSU-Gruppe haben einen Arbeitskreis ins Leben gerufen, der sich mit den Wegen und Zielen einer Erziehungsreform befassen wird. Leiter des Arbeitskreises ist der Lehrer Arnulf Kopf, 3550 Marburg, Gerhard-Hauptmann-Str. 30. Interessenten wollen sich bitte an ihn wenden.
6. Der Ortsverband München wählte sich ordnungsgemäß am 14.3.1966 einen neuen Vorstand. Zum neuen Vorsitzenden bestimmten die anwesenden Mitglieder einstimmig den Psychoanalytiker Dr. Walther Marseille, München 27, Händelstr. 7. Der bisherige Vorsitzende Dr. Christoph von Conta hatte wegen Arbeitsüberlastung für das Amt des Vorsitzenden nicht mehr kandidiert, arbeitet aber weiter im Vorstand mit. Neben

ihm wurden in den Ortsvorstand gewählt: Frau Dr. Juliane Roh, Kunsthistorikerin, Dr. Hans Heinz Heldmann, Rechtsanwalt, Dr. Wilhelm Kalff, Dipl.-Psych., Sieghart Ott, Rechtsreferendar, Dieter Wabner, Dipl.-Chemiker, und Hans Welsch, Kaufmann. Der Ortsverband München umfaßt zur Zeit rund 470 Mitglieder.

Die Versammlung diskutierte u. a. auch eingehend die zur Zeit anstehenden innerorganisatorischen Probleme der HU. Sie verabschiedete mit wenigen Gegenstimmen folgende EntschlieÙung: "Der Ortsverband München der Humanistischen Union hält die von der 2. Bundes-Mitgliederversammlung in Darmstadt beschlossenen Regelungen, 1. des Delegiertenschlüssels für die Bundes-Delegiertenversammlung, 2. der zwangsweisen Zugehörigkeit von Mitgliedern zu einem Ortsverband, für bedenklich, weil mit dem Prinzip der Gleichberechtigung aller Mitglieder kaum vereinbar. Er empfiehlt dem Vorstand der HU daher, auf eine nochmalige Diskussion dieser Regelungen im Kreis aller Mitglieder und ggf. auf der nächsten Bundesversammlung auf die Herbeiführung eines neuen Beschlusses über beide Fragen hinzuwirken."

Der Ortsverband München bereitet in Zusammenarbeit mit der Bundesgeschäftsstelle mehrere Arbeitsgemeinschaften für Schüler der oberen Klassen vor. Zu diesem Zweck wurde zunächst Verbindung mit allen Redaktionen der örtlichen Schülerzeitungen aufgenommen. In zwei Konferenzen mit den interessierten jungen Damen und Herren, die das Vorhaben begrüßten und bestmögliche Unterstützung versprachen, wurden zunächst folgende Themen für die ersten Arbeitsgemeinschaften festgelegt: 1. Aktuelle politische Probleme im Zusammenhang mit der Freiheit von Kunst und Wissenschaft; 2. Erkenntnisse und Folgerungen des Buches "Das sogenannte Böse" von Prof. Konrad Lorenz; 3. Einführung in die Psychoanalyse. Die Leitung der Arbeitsgemeinschaften und Diskussionskreise werden namhafte Fachleute aus dem Mitgliederkreis der HU übernehmen.

7. Zum Vorsitzenden des Ortsverbandes Münster wurde am 24.2.1966 Dr. Klaus Brockhaus, wissenschaftl. Assistent, Münster, Olfersstr. 4, ohne Gegenstimme wiedergewählt. Weitere Vorstandsmitglieder: Uwe Joachim Moritz, Student, Münster, Frauenstr. 24; Dr. Claus Rietzschel, Assistent, Münster, Maximilianstr. 1; Eberhard Wagner, Dipl. Physiker, Münster, Kurt-Mettlich-Weg 23; Dr. Rudolf Zielinski, Lehrer, Psychologe, 4771 Eickelborn, Burgstr. 4. Die Gründung einer Arbeitsgemeinschaft für Schul- und Erziehungsfragen wurde beschlossen. Zur Teilnahme meldeten sich 9 anwesende Mitglieder.

8. Der Ortsverband Stuttgart diskutierte in einer Mitgliederversammlung am 11.2.1966 eingehend die Auswirkungen einiger Punkte der bei der Bundesversammlung in Darmstadt im November angenommenen Satzungsänderungen. Dabei wurde festgestellt, daß die in den letzten "Mitteilungen" zitierten §§ 7c, 3 und 7d, 1 die Gefahr in sich bergen, daß durch ein Übergewicht der in den Ortsverbänden organisierten Mitglieder infolge des Wahlmodus das Gleichgewicht zwischen diesen Mitgliedern auf der einen Seite und den Sachverständigen, Gutachtern und wissenschaftlichen Beratern auf der anderen Seite gestört wird. Dieses Gleichgewicht aber schien den Versammlungsteilnehmern infolge des gesellschaftspolitischen Gewichts der letztgenannten Gruppe eine Notwendigkeit für den Aufbau der HU und ihre Wirkung im kulturellen Kräftespiel der Bundesrepublik zu sein. Aus diesem Grunde beschloß die Mitgliederversammlung folgenden Einspruch gegen die Darmstädter Satzungsänderungen zu erheben:

1. Die Forderung, daß jedes Mitglied der HU an einem Ort, in dem ein Ortsverband besteht, Mitglied dieses OV sein muß (7c,3), halten wir für unbillig, weil dieser Zwang dem Wesen der HU, wie wir sie verstehen, widerspricht.
2. Die Aufschlüsselung der Delegierten nach 7d,1 scheint uns den Gleichheitsgrundsatz zu verletzen, da ein Mitglied, das einem OV angehört, auf die Wahl der Delegierten einen doppelt so starken Einfluß hat wie ein nicht 'organisiertes' Mitglied.
3. Wir bitten daher, die Rechtsgültigkeit der Satzungsänderungen zu überprüfen und durch eine Expertengruppe einen Wahlmodus ausarbeiten zu lassen, der die Ungleichheit zwischen OV- und Bundesdelegierten beseitigt, wobei man, abgesehen vom Verteilungsschlüssel, zum Beispiel in beiden Fällen an eine Briefwahl denken könnte."

(siehe auch im Anhang dieser "Mitteilungen": "Zur Diskussion: wie soll die HU organisiert sein?")

A u s d e r H u m a n i s t i s c h e n S t u d e n t e n -  
=====  
U n i o n  
=====

Herr Heinrich Tölke, Karlsruhe-Durlach, Am Burgweg 11, hat im Bundesvorstand der HSU ein neues Referat für Pädagogische Hochschulen übernommen. Interessierte Mitglieder, die an einer Pädagogischen Hochschule die HSU-Arbeit einführen oder fördern wollen, bitten wir, sich an Herrn Tölke zu wenden.

Die HSU Hamburg arbeitet seit Ende vorigen Jahres mit den Studentenorganisationen GSG, LSD und SDS sowie mit Gewerkschaftsvertretern und anderen Interessentengruppen in einem "Aktionsausschuß gegen die Notstandsgesetzgebung" zusammen und bereitet Aktionen und Veranstaltungen für den Fall vor, daß die Notstandsgesetze im Bundestag wieder vorgelegt werden,

Die HSU Marburg konnte bei der letzten Wahl des Studentenparlaments vier HSU-Mitglieder durchbringen. Der HSU-Vorsitzende von Marburg wurde stellvertretender ASTA-Vorsitzender. Anfang Februar trat die Gruppe zusammen mit anderen Studentenorganisationen nachdrücklich gegen das Studentenwerk zugunsten einer Kommilitonin auf, der ihr Wohnheimzimmer vom Studentenwerk fristlos gekündigt wurde, weil sie von einer Hausangestellten, die ohne zu klopfen die Tür öffnete, während der Besuchszeit unbekleidet in ihrem Zimmer mit ihrem Freund angetroffen worden war. Die Rechtsabteilung der Bundesgeschäftsstelle schaltete sich beratend in den Fall ein.

Die HSU-Gruppe an der Pädagogischen Hochschule Karlsruhe verteilt seit November v. J. wöchentlich Handzettel mit dem gemeinsamen Motto "Notizen zur Kulturpolitik". Diese Flugblätter sollen demnächst auch an den Pädagogischen Hochschulen in Stuttgart, Heidelberg, Freiburg, Esslingen und Reutlingen verteilt werden. Daneben konzentriert die Gruppe ihre Tätigkeit auf Mitarbeit im ASTA, besonders bei der Gestaltung der Studentenzeitung an der PH und der Zeitung des Landesverbandes der Studierenden an den Pädagogischen Hochschulen Württembergs (LSPH). Die Gruppe stellt den 1. Vorsitzenden des ASTA und den 2. Vorsitzenden des LSPH

Die HSU Kiel protestierte in Februar zusammen mit anderen Studentenverbänden bei Schleswig-Holsteins Kultusminister von Heydebreck gegen dessen in einem öffentlichen Gespräch abgegebene Äußerung, Lehrer, die nicht den Wehrdienst ableisten, hätten keine echte innere Haltung zur Verteidigungskonzeption der Bundesrepublik und sei daher nicht befähigt, im Fach politische Bildung und Gegenwartskunde zu unterrichten. Die Pressestelle des Ministeriums hat inzwischen allerdings dieses Ministerwort in Abrede gestellt.

Die HSU München sandte am 22.3.1966 zusammen mit der Münchner "Gesellschaft der Freunde junger Kunst" an General Franco ein Telegramm, in dem gegen die Verhaftung zahlreicher Studenten und Professoren der Universität Barcelona protestiert und die sofortige Freilassung aller Inhaftierten gefordert wird.

Verschiedene Hochschulgruppen der HSU, darunter die von Berlin, Heidelberg und München beteiligten sich in den letzten Wochen an Studentendemonstrationen gegen die amerikanische Vietnam-Politik. Da in der Presse und im Fernsehen behauptet wurde, daß die HU an diesen Demonstrationen beteiligt gewesen wäre, sah sich der Vorstand der HU genötigt, am 23.2.1966 folgende Presseerklärung abzugeben:

"In der Sendung "Der Frühschoppen" vom 20.2.1966 wurde die HU mit den Berliner Demonstrationen gegen die amerikanische Vietnam-Politik in Zusammenhang gebracht. Die HU stellt fest, daß sie mit den Demonstrationen nicht das geringste zu tun hat. Sie ist eine Vereinigung, die sich mit kultur- und rechtspolitischen Vorgängen befaßt und den Prinzipien des Grundgesetzes auf diesem Gebiet in der Bundesrepublik Geltung zu verschaffen sucht.

Eine Stellungnahme zu außen- und weltpolitischen Geschehnissen liegt außer ihres Aufgabenbereiches und ihrer Kompetenz. Sie hat zum Krieg in Vietnam bisher keine Stellungnahme abgegeben und wird dies auch in Zukunft nicht tun. Welchen Standpunkt ihre Mitglieder dazu einnehmen, bleibt deren persönlicher Entscheidung überlassen.

An der Berliner Demonstration war die Humanistische Studenten-Union beteiligt. Diese wurde zwar in Anlehnung an die HU gegründet, ist aber ein rechtlich, organisatorisch und programmatisch von der HU völlig unabhängiger Studentenverband.

Die HU bedauert, daß die Humanistische Studenten-Union ihre Tätigkeit nicht ebenfalls auf kultur- und rechtspolitische Probleme unseres Landes beschränkt. Sie möchte jedoch betonen, daß diese Meinungsverschiedenheit die beiden Vereinigungen betrifft und dadurch das prinzipielle Recht des einzelnen Studenten, für oder gegen die amerikanische Politik in Vietnam zu demonstrieren, nicht in Frage gestellt werden kann."

(Weitere Aktionen der HSU siehe unter "Veranstaltungen".)

#### V e r a n s t a l t u n g e n =====

1. "Das Machtproblem in der Demokratie - dargestellt an den ersten Jahren der Weimarer Republik": Seminar (4 bis 5 Abende) veranstaltet von der HSU Marburg mit Dr. Hans Robinson; der erste Abend fand am 1.11.1965 statt.

2. "Probleme der Notstandsgesetzgebung": Internes Gespräch der HSU Hamburg am 19.1.1966 mit Prof. Dr. Carl Friedrich von Weizsäcker.
3. "Religionsfreiheit, Staat und Kirche": Zu diesem zentralen Thema in der HU referierte das Vorstandsmitglied Rechtsanwalt Erwin Fischer, Ulm, am 1.2.1966 vor der HSU Heidelberg und am 28.2.66 in einer Veranstaltung des Ortsverbandes Ulm. Er kritisierte u.a. die von Kardinal König in Heidelberg vertretene Auffassung, es seien in einem demokratischen Staat Recht und Wahrheit letztlich durch den Mehrheitswillen zu bestimmen. In einer nicht bloß demokratischen, sondern freiheitlich-demokratischen Verfassung, komme es, was die Grundrechte betreffe, auf Mehrheiten nicht an: Hier sei die Freiheit dem demokratischen Prinzip vorgeschaltet und übergeordnet. Der Referent wies weiter ausdrücklich darauf hin, daß der Parlamentarische Rat dem Antrag der CDU, des Zentrums und der deutschen Partei, den großen Kirchen aufgrund ihrer Bedeutung für die "Wahrung der sittlichen Grundlage" des menschlichen Lebens eine bevorzugte Stellung einzuräumen, nicht entsprochen hat. Trotzdem dürfe sich der Mensch hierzulande, so führte Rechtsanwalt Fischer wörtlich aus, "nur in Erfüllung des christlichen Sittengesetzes frei entfalten".
4. "Pädagogik ohne Dogma": Diesen Vortrag hielt der Berliner Prof. Felix von Cube Anfang Februar auf öffentlichen Veranstaltungen der HSU-Gruppen Freiburg, Heidelberg und Karlsruhe.
5. "Probleme der Geburtenregelung": HU und HSU Lünen hatten den bekannten Frauenarzt Dr. Axel Döhrn mit seinem bereits an vielen Stellen des Bundesgebiets für uns gehaltenen Vortrag am 9.2.1966 zu Gast.
6. "Ideologische Hemmnisse im Bildungswesen der Bundesrepublik": Wochendseminar der HSU Marburg und der Heimgemeinschaft Collegium Gentium am 12./13.2.1966 in Marburg mit Vorträgen von Rolf Schmiederer über "Ideologische und institutionelle Probleme der politischen Bildung in der Schule", Richard Pippert über "Eduard Spranger - ein repräsentativer Bildungsideologe unserer Zeit" und Dr. G. Rückriem über "Schollentreue - Bildungsziel der deutschen Landschule".
7. "Sitte und Ordnung in der pluralistischen Gesellschaft": Öffentlicher Vortrag am 17.2.1966 mit Prof. Dr. Armand Mergen, Mainz, Präsident der Kriminologischen Gesellschaft, vor der HSU Hamburg.
8. "Politik und Intelligenz": Prof. Dr. Dr. Ossip K. Flechtheim von der FU Berlin, Beiratsmitglied der HU, referierte zu diesem Thema im Februar auf Einladung der HSU Münster.
9. "Über die Natur des Menschen, 'das Böse' und die Freiheit": Prof. Dr. Eduard Hapke sprach zu diesem Thema auf einer öffentlichen Vortragsveranstaltung des Ortsverbandes Lüneburg am 28.2.1966.
10. "Wie frei ist unsere Presse?": Beiratsmitglied Prof. Dr. Ulrich Sonnemann kritisierte auf dieser öffentlichen Vortragsveranstaltung des Berliner Ortsverbandes am 3.3.1966 scharf die freiwillige Freiheitsselbstbeschränkung eines Großteils der bundesdeutschen Presseorgane. Er forderte die deutschen Journalisten auf, die ihnen vom Grundgesetz garantierten Freiheiten endlich zu nutzen. Am folgenden Abend stellte sich Dr. Sonnemann vor

überwiegend studentischem Publikum und geladenen Pressevertretern unter Mitwirkung des Berliner Generalstaatsanwalts Günther einer ausführlichen Diskussion seines Vortrags.

11. "Kann man Kriminelle ändern?": Walter Kutschbach, einer der 13 Frankfurter Bewährungshelfer berichtete vor dem Frankfurter Ortsverband der HU am 10.3.1966 aus seiner Berufspraxis. Er vertrat dabei die Ansicht, den "typischen Kriminellen" gebe es nicht, es könnten jedoch bestimmte konstitutionelle Faktoren ein kriminelles Verhalten begünstigen. Grundsätzlich sei die Kriminalität eine normale Erscheinung in jeder Gesellschaft - in der Bundesrepublik aber sei sie gegenüber der Zeit vor dem ersten Weltkrieg um 40 % zurückgegangen.

12. "'Formierte Gesellschaft' - Rückkehr zum autoritären Staat?": Diesen Vortrag hielt der Publizist Reinhard Opitz auf Einladung der dortigen HU- oder HSU-Gruppen in den letzten Wochen in Darmstadt, Frankfurt, Freiburg, Gießen, Göttingen, Heidelberg, Köln und Marburg. Der Referent führte u. a. aus:

"Da die 'Politik der Stärke' sichtbare Erfolge nicht gebracht hat, muß der Umweg über eine 'Globalstrategie' genommen werden, und zwar über eine Globalstrategie, innerhalb derer die Bundesrepublik durch Stärkung des wirtschaftlichen und militärischen Potentials neben den USA die führende Rolle spielt. Soll die 'Ausstrahlungskraft' der Bundesrepublik sich vergrößern, dann, so meinen die Autoren des Formierungskonzepts, muß die wirtschaftliche Leistung aufs äußerste forciert werden. Die angestrebte Kraftsteigerung aber setzt voraus, was Erhard seit einem Jahr ständig fordert: 'innere Geschlossenheit des Staatswesens'. In den offiziellen Entwürfen des 'Modells' tauchen die Begriffe 'geschlossen', 'gesammelt', 'gesamtgesellschaftliches Bewußtsein', 'Willenseinheit', 'Gemeinwohl' in zunehmender Häufigkeit auf. Zu überwinden gilt es offenbar die 'pluralistische Verbandsgesellschaft', die 'Aufsplitterung und Isolierung der einzelnen Gruppen'; gefordert ist die 'Integration der befestigten Gruppen in Gesellschaft und Staat'. Opitz' Frage, ob das noch ein demokratisches Vokabular sei, scheint sich zu beantworten, wenn man die Bestrebungen zur 'Reform' der Demokratie zur Kenntnis nimmt. Rüdiger Altmann schreibt folgerichtig, das konzipierte Modell sei 'nicht mehr der liberale Verfassungsstaat mit seinem parlamentarischen System'.

Die kategorischen Forderungen der Großkonzerne an die Politik sollen die Voraussetzungen für die 'Kraftsteigerung' schaffen; gefordert werden: drastische Senkung der öffentlichen Aufgaben. Überprüfung und allmählicher Abbau der Sozialleistungen, Überführung wettbewerbsfreier Bereiche (sozialer Wohnungsbau!) in die Marktwirtschaft, Finanzverfassungsreform, Steuerreform im Sinn der Förderung der Kapitalbildung, Schutz vor Mitbestimmungs-Ansprüchen der Gewerkschaften. Im Lauf seiner Darstellung erklärte Opitz auch die Rolle, die dem 'Deutschen Gemeinschaftswerk' im Rahmen dieser Konzeption seines Erachtens zukommt; mit einem solchen 'parafiskalischen Fonds', sagt er, werde ein Instrument geschaffen, das, der Kontrolle der Parlamente entzogen, den Investitionsplänen ausschließlich der Bundesbank und der Bundesregierung zur Verfügung stehe und den Interessen der Wirtschaft entsprechend zu funktionieren habe. Erhard will auch die Spezialisten in den Ausschüssen durch Experten für 'Gemeinwohl' ersetzt wissen, durch Experten mit Blick für das 'Ganze'. Ziel: Abschwächung der Einflüsse der organisierten Interessen der Gesellschaft, stärkere Bindung des Parlements an den Willen der

der Exekutive. Wenn alle Gruppen über die Erfordernisse des vom Kanzler interpretierten Gemeinwohls 'informiert' sind und kooperieren, dann kommt nach Meinung der Väter des Formierungskonzepts der 'demokratische Prozeß' zustande. Sollten sich aber einzelne Gruppen dieser Art 'demokratischen' Prozedierens widersetzen, so zeichnet der Münchner Prof. Voegelin, in den 'Gesellschaftspolitischen Kommentaren' der CDU neben Götz Briefs ständig als Gewährsmann genannt, folgende Konsequenzen: 'Wenn der demokratische Prozeß ... nicht zu Lösungen der ständig anfallenden Probleme führt, so daß das Gesamtunternehmen stagniert und die wirtschaftliche Existenz der Gesellschaftsmitglieder, etwa durch steigende Arbeitslosigkeit, ernsthaft gefährdet ist, dann bleibt als Alternative nur die Einsetzung eines Unternehmers für den Gesamtbetrieb - u. d. h. der Übergang von der politischen Demokratie zu irgendeiner Form autokratischen oder totalitären Regimes'. Opitz deutet das so: die 'Formierte Gesellschaft' ist keine Diktatur wird nur angedroht für den Fall, daß sie die Gesellschaft nicht freiwillig formiert.

Der Staat, dessen die 'Formierte Gesellschaft' bedürfe, sei, sagt Opitz weiter, ohne die verfassungsändernden Notstandsgesetze nicht zu denken. Während das Grundgesetz den Staat als Produkt der Gesellschaft sehe und dadurch mit der autoritären Staatsauffassung Carl Schmitt gebrochen habe, sei die Notstandsverfassung auf dem Weg zurück zu Carl Schmitt (den übrigens Rüdiger Altmann für einen der großen Geister des Jahrhunderts hält). Sieht man im Zusammenhang damit die These von den drei Phasen der nichtkommunistischen Industrie-Gesellschaft (1. klassenkämpferische Phase, 2. pluralistische Verbandsgesellschaft, 3. Formierte Gesellschaft), deren dritte wir nach Ansicht der Vertreter des Formierungskonzepts zwar begonnen hätten, die aber dadurch gehemmt sei, daß 'die Gewerkschaften zu einer Zeit, nämlich in den ersten Jahren nach dem 2. Weltkrieg, mächtig wurden, in der 'der Staat schwach, der Unternehmer gelähmt und die Demokratie durch die Besatzungsmächte restauriert war' (Götz Briefs) - - - nimmt man das alles zusammen, so wird nach Opitz' Meinung etwas deutlicher, was Erhard als 'Ende der Nachkriegszeit' zu bezeichnen pflegt."

(Bericht von Claudia Wolff)

13. "Die reaktionäre Presse": Der Heidelberger HU-Ortsvorsitzende Dr. Lothar Knapp kritisierte in einer öffentlichen Veranstaltung der dortigen HSU-Gruppe die Praktiken des katholischen Massenblatts "Neue Bildpost". Dieses Blatt bezeichnet sich zwar laut Eigengutachten als "das Führungsorgan katholischer Publizistik", sei aber nach Ansicht des Bundestagsabgeordneten Schmitt-Vockenhausen der "Stürmer der Katholiken". Seit 1964 hätten sich drei katholische Bischöfe mehr oder weniger deutlich von dem Produkt distanziert. Dr. Knapp, selbst Katholik, machte auf den Unterschied zwischen Katholizismus und "politischem Katholizismus" in Deutschland, dessen "militante Kreuzzugs-Ideologie und autoritäre Staatsgesinnung" in der "Bildpost" repräsentiert sei, aufmerksam. Als Resümee einer gründlichen Untersuchung des Blattes aus Anlaß eines derzeit laufenden Rechtsstreites stellte der Redner fest, der von den "Bildpost"-Propagandisten glorifizierte "Staat" sei eine gegen die Gesellschaft gerichtete autonome Größe, nicht etwa, wie es das Grundgesetz nahelegt, Produkt der staatsbildenden Gesellschaft. Alle Kräfte, denen sie das Prädikat "staatserhaltend" nicht zubilligen zu dürfen meine, vereine die "Bildpost" unter dem Schlagwort "Opposition". Diese Opposition wurde nicht als demokratisches Kontrollinstrument, sondern als wertzersetzender Sendbote finsterner Mächte angesehen. Staatsfeinde Nummer eins, Verbrecher und Antichristen, Zerstörer des christlichen Abendlandes seien gleich nach den Kommunisten die Intellektuellen und Künstler, die das Gift



der Kritik unters Volk bringen. Das ostpolitische Konzept der Zeitung lasse sich durch ein Kurzzitat wiedergeben: "Wir werden aufrufen zu einem Misereor und Adveniat für die Christen hinter dem Eisernen Vorhang, daß sie und wir zusammen das Land zurückerobern für Gottes Reich. Und dafür wagen wir Alles!"  
(Bericht von Claudia Wolff)

14. "Kunst und Moral": Streitgespräch zwischen Prof. Adolf Süsterhenn MdB und Rechtsanwalt Horst von Hartlieb (Leiter der Filmbewertungsstelle in Wiesbaden und geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Spitzenorganisation der Filmwirtschaft). Veranstalter waren die HSU und der ASTA der Universität München. Das Auditorium Maximum der Hochschule war überfüllt. Prof. Süsterhenn forderte, Kunst dürfe nicht außerhalb des Gesetzes stehen. Sie müsse an der Rechtsordnung und dem "Sittengesetz" ihre Schranken finden. Rechtsanwalt v. Hartlieb wandte sich dagegen scharf gegen jeden Versuch, der Sittenordnung ein Vorrecht der Kunst gegenüber einzuräumen; er bestreite nicht Geschmacklosigkeiten in der allgemeinen Sexualisierung des öffentlichen Lebens. Dem könne aber nicht mit Verboten, sondern allein durch Bildung begegnet werden. Immer aber müsse gelten: In dubio pro arte.
15. "Christentum und Justiz": In der ersten öffentlichen Veranstaltung des neuen Ortsverbandes Ulm sprach das Beiratsmitglied Oberlandesgerichtspräsi. i. R. Dr. Richard Schmid. Er führte u. a. aus: Zwar sei die Emanzipation des Rechts in Deutschland recht weit gediehen, aber es gebe nach wie vor Bereiche, wo unerkannt oder getarnt religiöse Vorstellungen in der Rechtsprechung fortwirkten. Entweder bei der Strafbarkeit einer Handlung, wie etwa der Schwangerschaftsunterbrechung oder Homosexualität oder bezüglich des Strafmaßes. Es sei auffallend, daß gerade in der Ordnung der Beziehungen zwischen den Geschlechtern, also bei Eheschließung und Scheidung, die Einflußnahme unverkennbar sei. Der Tenor des Abends war letztlich, daß keine religiöse Richtung ihre Rechtsvorstellung an die Stelle absoluter Gerechtigkeit setzen dürfe. Es folgte eine lebhafte und vielseitige Diskussion.
16. Der Ortsverband Stuttgart bereitet für den Mai folgende Veranstaltungsreihe aus dem Themenbereich der Bildungs- und Erziehungsprobleme vor:
  1. "Unwissenheit ist Macht": Vortrag von Dr. Walther Marseille, Psychoanalytiker, München, am 10.5.1966;
  2. "Wirklichkeit und Ideologie in der Erziehung": Prof. Dr. Tobias Brocher, Frankfurt, am 12.5.1966;
  3. "Dialoge über Deutschland": Lesebühnenabend mit dem Stuttgarter Theater der Altstadt am 16.5.1966;
  4. "Politik und Intelligenz": Prof. Dr. Dr. Ossip K. Flechtheim, FU Berlin, am 18.5.1966.

H i n w e i s e  
=====

1. Mit großer Freude konnten wir in den letzten Monaten wieder den Beitritt besonders vieler neuer Mitglieder verzeichnen. Wir begrüßen diese Damen und Herren als Freunde und Verbündete und freuen uns auf gute und dauerhafte Zusammenarbeit.

2. Es ist der Aufmerksamkeit vieler Mitglieder entgangen, daß die Bundesmitgliederversammlung am 20.11.1965 eine Erhöhung des Mitgliedsbeitrags auf DM 3.-- monatlich beschlossen hat. Nicht betroffen von dieser Erhöhung sind alle Mitglieder, die schon bisher auf Antrag einen ermäßigten Beitrag bezahlten. Auch der Beitrag von Familienangehörigen vollzahlender Mitglieder bleibt weiterhin DM -.50 pro Monat. Wir haben die Notwendigkeit dieser Beitragserhöhung in den "Mitteilungen" vom November/Dezember 1965 ausführlich begründet und bitten hiermit noch einmal um Verständnis für diese unumgängliche Maßnahme, die wir selbst sehr bedauern. Alle Mitglieder, die uns bereits den Mitgliedsbeitrag für 1966 in der früher geltenden Höhe überwiesen haben, bitten wir um gelegentliche Überweisung des Restbetrages.
3. All den Mitgliedern, die sich entsprechend dem Appell der Mitgliederversammlung freundlicherweise bereit erklärt haben, über den Mindestbeitrag hinaus noch einen regelmäßigen Mehrbeitrag zu leisten, danken wir hiermit herzlich für ihre Opferbereitschaft. Bei dieser Gelegenheit möchten wir noch einmal unsere Empfehlung an alle Mitglieder von Ortsverbänden wiederholen, solche freiwilligen Mehrbeiträge ggf. direkt dem betreffenden aktiven Ortsverband zuzuwenden.
4. Aufgrund einer besonderen Notsituation veröffentlichen wir ausnahmsweise für ein Mitglied der HU folgende Suchanzeige:  
"Bibliothekarin, 42, auch mit Sekretariatsarbeiten vertraut, sucht selbständige Tätigkeit".  
Angebote erbitten wir an die Geschäftsstelle der HU.
5. Die jüngste Portoerhöhung der Post verursacht für den Versand der "Mitteilungen" pro Jahr eine Kostenerhöhung von DM 3600.--! Um diese Mehrausgabe, die für uns untragbar ist, aufzufangen, sehen wir uns deshalb gezwungen, die "Mitteilungen" nicht wie bisher sechsmal, sondern nurmehr viermal pro Jahr herauszubringen. Wir bitten unsere geschätzten Mitglieder dafür um Verständnis. Die Informationen werden dafür entsprechend ausführlicher sein.

Für diese "Mitteilungen" ist verantwortlich: Rainer Haun

HUMANISTISCHE UNION

8 München 90, Geiseltasteigstr. 116, Tel. 43 72 80

==

Konten: Postscheckkonto München 104 200  
Dresdner Bank München 106 018